Patrouille nahe Kunduz

MAURIZIO GAMBARINI / DPA

BUNDESWEHR

Zu viele Soldaten in Afghanistan

Die Bundeswehr war im vergangenen Jahr häufig mit deutlich mehr Soldaten in Afghanistan vertreten als vom Bundestag vorgesehen. Das Parlament hatte maximal 5350 Soldaten genehmigt. Diese Grenze sei innerhalb des Mandatszeitraums von einem Jahr in 25 Wochen überschritten worden, heißt es in Regierungskreisen, zeitweise um 300 Soldaten. Die Regierung beruft sich darauf, dass kurzfristige Überschreitungen während eines Kontingentwechsels erlaubt seien. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, Rainer Arnold, sieht hingegen die Rechte des Parlaments verletzt.

SPIONAGE

Syrien plante Retourkutsche

Die syrische Regierung hat offenbar geplant, sich für die Festnahme zweier mutmaßlicher Spione aus dem Umfeld ihrer Berliner Botschaft zu revanchieren. In Damaskus wurden Erkundigungen über dort lebende BND-Agenten eingeholt. Die Retourkutsche scheiterte daran, dass die drei Residenten des deutschen Auslandsgeheimdienstes zusammen mit anderen Botschaftsangehörigen bereits ins libanesische Beirut ausgereist waren. Die Umtriebe der mutmaßlichen syrischen Spione in Berlin waren hingegen umfangreicher als bislang bekannt. Seit den Protesten in Syrien hätten die Festgenommenen die Oppositionsbewegung hierzulande deutlich intensiver ausgespäht, so Ermittler. Unabhängig voneinander sollen sie mit jeweils eigenen Zuträgern für verschiedene Dienste Berichte über Veranstaltungen von regimekritischen Exilsyrern angefertigt und Porträtfotos in hoher Auflösung von einzelnen Demonstranten in die Heimat geschickt haben. Einer der Empfänger soll der Militärgeheimdienst gewesen sein. Deutschen Behörden ist es gelungen, die teils aus Internetcafés verschickten Spitzelberichte abzufangen. Sicherheitskreise gehen davon aus, dass es weitere aktive Zuträger syrischer Dienste in Deutschland gibt. „Die Szene ist jetzt allenfalls geschwächt“, hieß es. Für Aufsehen sorgte in Berlin vor allem die Festnahme von Akram O., der als Ortskraft in der Botschaft arbeitete und sich als Berater des Botschafters vorstellte.

Protest vor syrischer Botschaft in Berlin

TIMUR EMEK / DAPD

SOZIALVERSICHERUNG

Kinderlose sollen zahlen

Die Junge Gruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion will Kinderlose stärker zur Kasse bitten, um den Kostenanstieg in der Kranken- und Pflegeversicherung zu bremsen. In einem Konzept für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) plädieren die jungen Abgeordneten um den sächsischen Parlamentarier Marco Wanderwitz dafür, über 25-Jährige ab 2013 mit einer Abgabe für eine „solidarische Demografie-Rücklage“ zu belasten. Sie soll prozentual vom Einkommen erhoben werden – diskutiert wird etwa ein Prozent – und nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden: Kinderlose zahlen voll, Eltern mit einem Kind die Hälfte. Eltern, die zwei oder mehr Kinder haben, sollen hingegen von der Abgabe befreit sein. „Insbesondere in der Kranken- und Pflegeversicherung profitieren Menschen mit keinem oder einem Kind derzeit erheblich davon, dass andere ihrer Generation zwei oder mehr Kinder bekommen haben, weil sie im Alter dieselbe solidarische Leistung mit deutlich geringerem Einsatz bekommen“, heißt es zur Begründung. Die Abgabe soll dem Fiskus bis 2025 einen zweistelligen Milliardenbetrag einbringen. Bei einem Treffen Mitte Dezember zeigte sich Kanzlerin Merkel gegenüber der Idee aufgeschlossen.

OBERHAEUSER / CARO

Singles beim Speed-Dating